

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

4.3.1925 (No. 53)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Zeitung Nr. 14  
Hauptredaktion:  
Nr. 958  
und 954  
Postfach  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. K. M. a. D.  
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,50 Goldmark. -- Einzelnummer 10 Gelpfenning, Samstags 15 Gelpfenning. -- Anzeigengebühren 12 Gelpfenning für 1 mm Höhe und ein  
Zeilen für drei Tage. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vermindert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge  
auf Veränderung und Kontostopps sind der Redaktion der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagen über  
unser Versehen, hat der Leser keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. -- Für allephensche Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.  
Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

### Amtlicher Teil

#### Reichspräsidentenwahl

##### Einseitige Aufstellung der Wählerlisten

Der Reichspräsident hat die Wählerlisten für die Reichspräsidentenwahl am 29. März 1925 festgelegt. Die Wählerlisten sind am 29. März 1925 festgelegt. Die Wählerlisten sind am 29. März 1925 festgelegt.

### Zur Wahl des Reichspräsidenten

In einer Besprechung, die Dienstag vormittag in der Reichshaus in Berlin zwischen der Reichsregierung und den Parteiführern stattgefunden hat, wurde, wie bereits gemeldet, eine Einigung dahin erzielt, daß die Reichsregierung dem Reichspräsidenten vorschlägt, den Termin für die Neuwahl des Reichspräsidenten auf den 29. März festzusetzen. Für den Fall, daß ein zweiter Wahlgang sich als notwendig erweisen sollte, ist der 26. April als Termin in Aussicht genommen, weil wegen der Wahl an einem früheren Feiertag oder einem zum öffentlichen Aufbruch zu bestimmenden Werktag Bedenken erhoben wurden, da dann die nächsten Feiertage verlegt werden müßten. Der Wahltermin wird durch einstimmigen Beschluß des Reichspräsidenten festgelegt. Dieser Beschluß des Reichspräsidenten soll am Freitag, den 6. März erfolgen. Der Reichspräsident des Innern hat die deutschen Regierungen durch Rundtelegramm vorläufig entsprechend verständigt und gebeten, alle Vorbereitungen für die Neuwahl sofort in Angriff zu nehmen und die Gemeinden dahin anzuweisen, daß die Wahl am 29. März, spätestens 18. März, die Wählerlisten aufstellungsbereit sind. Die Wählerlisten der letzten Reichspräsidentenwahl sollen möglichst verwendet und nach dem neuesten Stande berichtigt und ergänzt werden. Nach der Meinung der Reichsregierung soll Reichspräsident Dr. Luther während des ganzen Interregnums die Vertretung des Reichspräsidenten führen. Die Regierung führt zur Begründung dieses Standpunktes an, daß der Wahltermin auf den frühestmöglichen Zeitpunkt, den 29. März, festgelegt sei, so daß es sich nicht nur um eine vorübergehende Erledigung des Postens des Reichspräsidenten handle, für die die Vertretung durch den Reichspräsidenten genüge. Freilich ist es fraglich, ob die Entscheidung schon im ersten Wahlgang fallen wird. Die Demagogen, berrückelt auch die Sozialdemokraten wollen deshalb eine gesetzliche Regelung der Stellvertretung, und zwar ohne jede Verzögerung, verlangen. In der Dienstagbesprechung der Parteiführer mit der Regierung scheint in der Frage des Stellvertretungsgesetzes übrigens noch kein Ergebnis erzielt worden zu sein, weil die Meinungen noch sehr erheblich auseinander gingen und bei einem Teil der vertretenen Fraktionen, so beim Zentrum, noch keine Klärung der Ansichten vorhanden ist.

#### Die Wahlbestimmungen

Der Vorschlag bei der Wahl des Reichspräsidenten unterscheidet sich von dem bekannten Verfahren einer Reichspräsidentenwahl im wesentlichen nur in einem Punkte. Es gibt für die Reichspräsidentenwahl keine Wahlvorschläge, es besteht völlige Wahlfreiheit. Jeder einzelne Wähler kann seinen Stimmzettel für eine beliebige Person abgeben. Gültig ist der Stimmzettel, sobald er nur eine wählbare Person genau bezeichnet. Es besteht also die Möglichkeit einer noch größeren Zersplitterung der Stimmen als bei den Reichspräsidentenwahlen, wo der Wähler immerhin an die bestimmten Wahlvorschläge gebunden ist. Hoffentlich gelingt es aber, den allgeringsten Teil der Wählererschaft von den Gefahren einer derartigen Stimmzettelzersplitterung zu überzeugen und die großen Massen zu überzeugen, ihre Stimmen auf die ausführenden Kandidaten freizulegen, für die sich die Parteien in den nächsten Tagen einigen müssen. Wähler ist jeder, der das Reichspräsidentenwahlrecht besitzt, also jeder über 20 Jahre alte Reichsbürger. Auch die Wahlberechtigung zum Reichspräsidenten ist nur dadurch beschränkt, daß der Kandidat das 35. Lebensjahr vollendet haben und Deutscher sein muß. Bei der Beratung des Wahlgesetzes in der Nationalversammlung hatten die Demokraten den Antrag gestellt, daß in den nächsten 15 Jahren die Mitglieder ehemaliger landesherrlicher Familien von der Wahlbarkeit ausgeschlossen sein sollen, die Nationalversammlung hat aber den von Verfassungsausschuß bereits angenommenen Antrag gelehnt und es wäre somit rein theoretisch möglich, daß auch ein ehemaliger Landesfürst oder Prinz aufgestellt würde. Praktische Bedeutung hat die Sache aber zum Mindesten für die bevorstehende Wahl nicht. Die Zählung der Stimmen wird in den einzelnen Reichspräsidentenwahlkreisen, wie bei der Reichspräsidentenwahl vorgekommen, die Kreiswahlleiter teilen dann die Ziffern dem Reichspräsidenten mit, der dann das Wahlergebnis im Reich feststellt. Zum Reichspräsidenten ist gewählt, wer mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhält. Ergibt sich bei dem ersten Wahlgang, der am 29. März stattfinden soll, keine Mehrheit, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Dieser zweite Wahlgang ist keine Stichwahl zwischen den zwei Bewerbern, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben. Die Wahlfreiheit ist bei der Abgabe der Stimmen wieder vollkommen frei. Wenn aber die verschiedenen Kandidaten im ersten Wahlgang ihre Kräfte gemessen haben, so wird man sich wohl leichter für die zweite Wahl auf eine engere Zahl von Kandidaten einigen. Dabei ist es auch möglich, sich über

einen Bewerber zu verständigen, der in der ersten Wahl noch gar nicht aufgetreten war. Das Wahrscheinliche ist aber natürlich, daß sich verschiedene Gruppen für die ausführendste Kandidatur einigen.

### Zum Tode des Reichspräsidenten

#### Zu den Trauerfeiern in Berlin

Die heute Mittwoch nachmittag stattfinden werden, worauf die Überführung der Leiche nach Heidelberg erfolgt, sind alle Vorbereitungen seit Tagen im Gange. Die Gefamtleitung liegt in den Händen des Reichskunstmars Dr. Kelsch, die Durchführung ist der Reichsbauverwaltung übertragen. In den Straßen, durch die der Trauerzug seinen Weg nehmen wird, wurden die Laternen mit Tannenzweigen und Kränzen geschmückt, die Glasglocken mit Trauerfahnen und Kränzen. An manchen Gebäuden sind Trauerfahnen umhüllt. Vor dem Portal des Trauerhauses selbst wurde ein Baldachin errichtet. Auf dem Straßendam der Wilhelmstraße wurde ein Katafalk aufgestellt, mit schwarzem Tuch benagelt und mit Immergrün geschmückt. Ein zweiter Katafalk wird auf dem Pariser Platz errichtet. Am Eingang des Tiergartens wurden riesige schwarze Kränze eingemantelt, die mit grünen Girlanden, Fahnen, Flaggen und Wimpeln geschmückt wurden. Vorführungen wurden unter beratender Hilfe des Intendanten Jahn vor dem Reichstag getroffen, wo die große Abchiedsfeier der Volkvertretung unter freiem Himmel stattfinden soll; das Portal des Reichstages erhält einen einfachen Schmuck zur Umrahmung des Bildes, das sich hier entwickeln wird. In vollem Gange sind die Vorbereitungen am Potsdamer Bahnhof. Hier wird der Aufbau für den Sarg in der Mitte der Portalvorhalle und eine Bekleidung der Wände der Vorhalle eingerichtet.

Der Reichsrat hat beschlossen, mit seiner Vertretung bei der Beertragung des Reichspräsidenten in Heidelberg den badischen Staatspräsidenten Dr. Dellbach zu betrauen.

Der Reichsrat genehmigte am Dienstag in kurzer Beratung in seinen Anschließungen und im Plenum den Entwurf des Gesetzes zur Übernahme der durch das Ableben des Reichspräsidenten entstehenden Kosten auf das Reich. Der Text der Vorlage enthält nur die Bestimmung: Die Reichsregierung wird ermächtigt, die aus Anlaß des Ablebens des Reichspräsidenten entstehenden Kosten auf Reichsmittel zu übernehmen.

#### Die Beisehungsfestlichkeiten in Heidelberg

Die Polizeidirektion Heidelberg hat folgende Zugordnung für die Beisehungsfestlichkeiten bekannt gegeben: Der Zug wird in drei Teilen aufgestellt. Die Spitze des ersten Teiles, eine Gruppe berittener Polizei, steht in der Höhe bei der Reichspost in Richtung Bahnhofplatz. Ihr schließen sich im Zuge der Höhe an: Freiwillige Feuerwehrlinien Heidelberg mit Musikkapelle, Arbeitergesangsverein Heidelberg, Sängerverband Heidelberg, studentische Korporationen, Abordnungen der Vereine mit Fahnen (Vereine, soweit sie nicht Spalier bilden, werden in den dritten Teil des Zuges eingereiht), Abordnungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Der Anfang des 2. Teils, eine Gruppe berittener Polizei, steht auf dem Bahnhofplatz gegenüber der Ausgangshalle und in der anschließenden Höhe. Es schließen sich an: die Kapelle der freiwilligen Polizeimusic, eine Polizeibereitschaft, Kranzträger, der Trauerwagen, die Angehörigen des Verstorbenen und der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, der stellvertretende Reichspräsident, Vertreter der Reichsregierung, Vertreter außerdeutscher Staatsregierungen, Vertreter der badischen Landesregierung mit dem Präsidenten des badischen Landtages, Vertreter der deutschen Landesregierungen, Vertreter des Reichstages und des Landtages, parlamentarische Vertreter des In- und Auslandes, Stadtrat und Bürgerausschuß Heidelberg, Aktoren und Senale badischer Hochschulen, Vorstände der Reichs- und Landesbehörden, Vertreter von Gemeindeverwaltungen, offizielle Vertreter der politischen Parteien und Gewerkschaftsverbände.

Der 3. Teil des Zuges stellt sich in der Leopoldstraße auf und zieht, mit einer Polizeibeteiligung beginnend, in folgender Reihenfolge gegenüber dem Bahnhofplatz: Parteivereine, Gewerkschaften, Badischer Kriegerverein mit den ihm angeschlossenen Vereinen, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Turn- und Sportvereine. Den Abschluß des Zuges bildet eine Reitergruppe.

In Rücksicht auf die Platzverhältnisse im Friedhof können zu dem Trauerakt zunächst nur die Teilnehmer des ersten und zweiten Zugteils zugelassen werden. Mit Ausnahme der Teilnehmer an den geschlossenen Gruppen am Anfang des Zuges erhalten die übrigen Personen von der Polizei Einlasskarten ausgehändigt. Ohne solche Eintrittskarte wird der Zutritt zum Friedhof während der Dauer des Traueraktes nicht gestattet. Nach Abschluß des Traueraktes bewegt sich jener Teil des Zuges, welcher zu dem Trauerakt keinen Einlass zum Friedhof mehr fand, am Grabe des Reichspräsidenten vorbei. Hierzu sind Eintrittskarten nicht nötig.

#### Sonderzüge nach Heidelberg

Anlaßlich der Beisehungsfestlichkeiten für den verstorbenen Reichspräsidenten in Heidelberg, verkehren Donnerstags, den 5. März folgende Sonder- und Ergänzungszüge:

- 1. Sonderzug Karlsruhe-Heidelberg als Zug 1.-3. Klasse Karlsruhe ab 8.12 vorm., Bruchsal ab 8.35 vorm., Heidelberg an 9.05 vorm.

- 2. Borzug 933 mit 2.-4. Klasse, Karlsruhe-Heidelberg, 10 Minuten vor dem Kurszug, Karlsruhe ab 7.10 vormittags, mit Halt auf allen Stationen, Heidelberg an 8.47 vorm.
- 3. Borzug 435 Mannheim-Heidelberg, Mannheim ab 8.00 vorm., Heidelberg an 8.22 vorm.

#### Trauerfeier des Preussischen Landtags

Der preussische Landtag versammelte sich Dienstag nachmittag zu einer außerordentlichen Sitzung, die ausschließlich dem Gedächtnis des verstorbenen Reichspräsidenten gewidmet war. Im Saal waren nur die Plätze der Kommunisten und Nationalsozialisten leer. Die Tische des Präsidiums waren mit Grün und schwarzem Trauerflor umkleidet. Als gegen halb 3 Uhr Präsident Bartels sich zur Gedächtnisrede erhob, erhoben sich mit ihm die Abgeordneten und die Tribünenbesucher. Landtagspräsident Bartels schloß mit dem Wunsch, daß das deutsche Volk zum Nachfolger Eberts einen Mann wählen möge, der mit gleicher Liebe und Hingebung seinem Vaterlande diene. -- Nach der Gedächtnisrede vertagte sich der Landtag sofort auf Donnerstag den 12. März.

Wie vom Büro des Reichstages mitgeteilt wird, findet die nächste Sitzung des Reichstages am Freitag nachmittag statt.

Die Gewerkschaften haben dazu aufgerufen, am Donnerstag, am Tage der Beisehung des Reichspräsidenten in Heidelberg die Arbeit um 11 Uhr auf 15 Minuten ruhen zu lassen. Doch hat man Ausnahmen im Verkehrswesen usw. zugestanden.

Im der Trauer der Reichsbeamten über den Tod des Reichspräsidenten Ausdruck zu verleihen, beschloß die Reichsregierung, daß die Reichsminister und die leitenden Beamten der Reichsministerien sich während der Dauer von 4 Wochen nach dem Tode des Reichspräsidenten, also bis einschließlich 28. März der Teilnahme an allen gesellschaftlichen Veranstaltungen amtlicher oder halbamtlicher Art enthalten.

Der Gewerkschaftsring der Arbeiter und Angestellten und die Beamtenverbände regten bei den Reichsbehörden an, daß am Donnerstag 11 Uhr vormittags, der Stunde der Beisehung des Reichspräsidenten in Heidelberg, das deutsche Volk durch eine Arbeits- und Verkehrspause für die Dauer von 1-2 Minuten seiner nationalen Trauer einheitlich Ausdruck verleihen möge.

Umbenennung einer Berliner Straße in Ebertstraße  
B.T. Berlin, 4. März. Der Magistrat beschloß in seiner heutigen Sitzung, daß die Hauptverkehrsstraße der Stadt Berlin, Friedrich Ebertstraße genannt werden soll.

#### Die Regierungsbildung in Preußen

teilt der „Vorwärts“ mit, daß Severing aus gesundheitlichen Gründen den Wunsch hege, von seinem Amte als preussischer Innenminister entbunden zu werden. Die Koalition von Zentrum und Demokraten mit Severing als Sachminister noch einmal zum parlamentarischen Kampfe herauszufallen, scheint also nicht möglich zu sein. Das Blatt hält es für wahrscheinlich, daß die Wahl des Ministerpräsidenten, die für den 10. März vorgesehen war, weiter vertagt wird.

Ministerpräsident Marx hatte Ende letzter Woche mit den Führern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei im Landtage über die Möglichkeit einer Kabinettsbildung gesprochen, die auf seinem alten Plan der sogenannten Volksgemeinschaft aufgebaut wird. Aus der Mitteilung über die Beratungen der deutschnationalen Landtagsfraktion erfährt man jetzt, wie nach dem Vorschlag des Herrn Marx dieses Kabinetts aussehen sollte. Es hätte ihm angehören sollen zwei deutschnationale Mitglieder, zwei Mitglieder des Zentrums, je ein Mitglied der Deutschen Volkspartei und der Demokraten und zwei Sozialdemokraten, darunter Sebering. Der Vorstand der deutschnationalen Landtagsfraktion hat jedoch diesen Vorschlag des Ministerpräsidenten abgelehnt und die deutschnationale Landtagsfraktion ist diesem Beschluß am Dienstag ausdrücklich beigetreten.

#### Eine internationale Metallarbeiterkundgebung in Frankfurt a. M.

Auf Veranlassung des Deutschen Metallarbeiterverbandes fand im Zirkus Schumann in Frankfurt a. M. eine internationale Kundgebung statt, an der Vertreter Englands, Frankreichs, Belgiens, Dänemarks, der Schweiz, Österreichs und Deutschlands, das durch Dittmann vertreten war, teilnahmen. Die Redner beschäftigten sich mit dem Weltkriege und mit den Handelsverträgen. Sie betonten die Notwendigkeit eines wahren Völkervertriedens und der Zusammenarbeit der Völker in wirtschaftlicher Hinsicht. Der österreichische Vertreter, Stein-Wien, sprach außerdem mit besonderer Wärme für den baldigen Anschluß Österreichs an Deutschland. In der Kundgebung, an die sich Anfang März in Köln eine Konferenz der Schwermetallindustrie-Arbeiter anschließen wird, nahmen ungefähr 10 000 Metallarbeiter teil.

Die Finanzgarbung Preußens. Nach Mitteilungen über die Geldbewegung bei der Preussischen Generalstaatskasse vom Februar d. J. betrugen die Einzahlungen 105,3 Millionen Mark, die Ausgaben 153,5 Millionen, so daß für den genannten Monat ein Überschuß von 11,8 Millionen zu verzeichnen ist.

Die Arbeitszeit im Ruhrbergbau. Im Ruhrgebiet sind die Bergarbeiter der Aufforderung der Kommunisten, die Arbeit 1. Stunde vor Ablauf der bisherigen Schichtzeit niederzulegen und eine frühere Ausfahrt zu erzwingen, nicht gefolgt. Soweit bisher bekannt, wurde, auf allen Schächten die stündliche Schicht verfahren. Zu Aufhebungen ist es nirgends gekommen.

## Die Botschafterkonferenz zum Bericht der Militärkontrollkommission

Ein Gelbbuch der Botschafterkonferenz

Die Botschafterkonferenz hat Dienstag vormittag in Paris eine Sitzung abgehalten, nach der folgender amtlicher Bericht ausgegeben wurde:

Die Botschafterkonferenz hat von dem Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin sowie von dem Gutachten des militärischen Komitees in Versailles Kenntnis genommen. Die Botschafterkonferenz hat einstimmig beschlossen, Marschall Foch und die militärischen Sachverständigen des Komitees zu ersuchen, gewisse Punkte ihres Berichtes zu präzisieren, sowie den Ernst der Deutschland zur Last gelegten Verfehlungen festzustellen.

Die Botschafterkonferenz hat das militärische Komitee ferner ersucht, die Vorschläge zur Kenntnis zu bringen, die ihm geeignet erscheinen, die Entwaffnung Deutschlands gemäß dem Friedensvertrag zu sichern.

Das Komitee von Versailles wird also einen neuen Bericht ausarbeiten, der der nächsten Sitzung der Botschafterkonferenz, die kommende Woche stattfindet, unterbreitet werden wird.

Aber den Verlauf der Sitzung berichtet das Pariser „Journal“, der Sitzung habe Foch beigewohnt, der dem Bericht des Militärkomitees in Versailles mündliche Erklärungen beigefügt habe. Der Bericht des Komitees, der bekanntlich elf Seiten umfasse, beschäftige sich auf neun Seiten mit den von der Kontrollkommission festgestellten angeblichen Verfehlungen, die beiden letzten Seiten behandelten die Frage der militärischen Vorbereitungen Deutschlands auf den Krieg.

Der englische Botschafter Crewe habe darauf das Wort ergriffen und die Ansichten seiner Regierung entwickelt. Danach müsse man sehr klar unter den deutschen Verfehlungen entscheiden und zwar über die nebensächlichen, die man nicht über Gebühr unterstreichen dürfe, und die wesentlichen, in denen man sich streng zeigen müsse. Unter diesen wesentlichen Verfehlungen habe Crewe besonders die Geheimfabrikation von Kriegsmaterial und die geheime Rekruteneinstellung aufgeführt.

Entsprechend der Ansicht des englischen Botschafters habe dann die Konferenz den militärischen Sachverständigen von Versailles zwei Fragen gestellt: 1. die wesentlichen Verfehlungen zu präzisieren und 2. die Maßnahmen bekanntzugeben, durch die man diese Verfehlungen beseitigen könne.

Es sei nicht wahr — so fügt das Journal seinem Bericht hinzu — daß die Botschafterkonferenz sich gestern mit der Veröffentlichung des Berichtes Balsh beschäftigt und diese auch schon beschlossen habe. Aber wahr sei, daß die französische Regierung es für unerlässlich halte, allen Konklusionen der Militärkontrollkommission die weitgehendste Publizität zu geben, und daß sie deshalb die Veröffentlichung eines Gelbbuches vorschlagen werde. Das könne allerdings erst geschehen, wenn die alliierte Regierung ihre neue Entscheidung getroffen hätten.

### Die Begegnung Chamberlains mit Herriot

Die mehrfach angekündigte und in den letzten Tagen wieder in Frage gestellte Begegnung zwischen Herriot und Chamberlain findet nunmehr doch statt. Aus Paris wird offiziell mitgeteilt, daß Staatssekretär Chamberlain sich kommenden Samstag auf der Durchreise nach Genf in Paris aufhalten werde, um Herriot einen Besuch abzustatten. Im Augenblick wisse man in Paris noch nicht, welche Zeit für die Unterredung zur Verfügung stehe. Der englische Botschafter Crewe hat — wie der „Petit Parisien“ mitteilt, gestern vormittag in einer Unterredung, die vor der Sitzung der Botschafterkonferenz stattfand, Herriot von der Absicht Chamberlains in Kenntnis gesetzt.

### Deutschland und die Sicherheitsfrage

Zu den Meldungen in der ausländischen Presse über deutsche Schritte in der Sicherheitsfrage wird aus Berlin mitgeteilt, daß in den letzten Wochen in den alliierten Hauptstädten diplomatische Besprechungen über die Sicherheitsfrage wie über die anderen akuten politischen Probleme stattgefunden haben. Dabei ist deutscherseits, wie dies bereits in der öffentlichen Rede des Reichsanzalters geschehen war, die Bereitschaft der Reichsregierung zur positiven Mitarbeit an der Lösung der Sicherheitsfrage zum Ausdruck gebracht worden. Ferner sind die alliierten Regierungen davon in Kenntnis gesetzt worden, in welchem Rahmen und nach welchen Grundlagen nach der Auffassung Deutschlands eine solche Lösung zu erreichen sein würde. Es handelt sich dabei nicht um endgültig formulierte deutsche Vorschläge oder Anträge, sondern um Erörterungen von Möglichkeiten, die für die Regelung der Sicherheitsfrage in Betracht kommen könnten. Diese Erörterungen befinden sich noch im Anfangsstadium und sind noch nicht soweit fortgeschritten, daß von bestimmten Projekten des Sicherheitspaktens und von Verhandlungen darüber gesprochen werden könnte.

Das „Echo de Paris“ glaubt in der Lage zu sein, über die deutschen Vorschläge einige Mitteilungen machen zu können. Sie seien Herriot zum ersten Male mündlich am 9. Februar unterbreitet worden. Ein niedergeschriebener Entwurf sei 14 Tage später in Form einer Verbalnote in Paris, London, Rom und Brüssel überreicht worden. Die Reichsregierung schlage die Aufrechterhaltung der augenblicklichen Westgrenze Europas vor, durch den Abschluß eines gegenseitigen Vertrages, der England, Frankreich, Belgien und Deutschland umfassen solle. Italien stehe es frei, ihn zu unterzeichnen. Das Reich verspreche, keinerlei Angriffe gegen die Westgrenze oder Südgrenze zu unternehmen. Als Gegenleistung würden die anderen Kontrahenten die gleiche Verpflichtung übernehmen. — Das „Echo de Paris“ glaubt zu wissen, daß die deutsche Regierung sich geneigt gezeigt habe, mit Polen und der Tschechoslowakei schiedsgerichtliche Verträge abzuschließen. Nach seiner Kenntnis sage der deutsche Vorschlag aber nichts über Oesterreich.

Eine internationale Gütenarbeiterkonferenz hat am Sonntag in Köln stattgefunden, auf der 14 Länder durch 128 Delegierte vertreten waren. Zu der Frage des Achttundentages wurde eine Entschließung angenommen, in welcher die schleunigste Ratifizierung des Washingtoner Abkommens von allen Ländern gefordert wird, in denen sie noch nicht erfolgt ist. Die Wiedereinführung des Achttundentages in Deutschland lediglich für die Hochöfen und Kokereien sei eine unzureichende Maßnahme und mit Rücksicht auf das betriebstechnische Verbundenheit der Hochöfen, Kokereien, Stahl-, Walz- und Hammerwerke keine Lösung des Schichtproblems.

Die Spenden für die Hinterbliebenen der bei der Dortmund-Grubenkatastrophe Getöteten ergaben laut „W. Z.“ bis jetzt 600 000 Mark, die in Dortmund zusammengefloßen sind. Außerdem brachte die Sammlung der Deutschen Posthilfe 135 000 Mark ein, so daß man nach Abschluß aller Sammlungen mit einer Gesamtspende von insgesamt einer Million Mark rechnen kann.

## Kurze Nachrichten

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen haben in Berlin wieder begonnen. In der Eröffnungssitzung wurde von den beiden Delegationen auch des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert gedacht. Die polnische Delegation fährt in Begleitung des Staatssekretärs Kowalski am Donnerstag zum Besuche der Reise nach Leipzig. Am Freitag sollen die sachlichen Besprechungen ihren Anfang nehmen.

Aber den Zweck der Friedrich-Ebert-Stiftung teilt der „Vorwärts“ mit, daß sie besondere Vergütungen aus der Jugend des arbeitenden Volkes fördern soll. Zu ihrer Verwaltung wird ein Kuratorium ernannt, das die Statuten der Stiftung festzustellen hat.

Zusatzleistungen für Invalidenrenten. Dem Reichstag ging eine Regierungsvorlage zu über die Zusatzleistungen für Renten aus der Invalidenversicherung. Danach werden bei Invalidenrenten 10 Proz. der seit 1. Jan. 1924 gültigen entrichteten Beiträge als Steigerungsbetrag gewährt. Ferner werden für jede ordnungsmäßig verwendete Beitragsmarkte bis zum 30. September 1921 für die Lohnklassen 3, 4 und 5 ein Steigerungsbetrag gewährt. Das Gesetz soll ab 1. April in Kraft treten.

Tabakverbot im Saargebiet. Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, verbot die Regierungskommission die Einfuhr von Tabak in das Saargebiet. Nicht vom Verbot betroffen werden die Tabakerzeugnisse, die vor dem 18. Februar um Mitternacht angeliefert wurden.

Spaltung bei den Medienburger Deutsch-Böhmischen. Der Berl. „Lofang“ meldet aus Schwerin, daß es in der Fraktion der Deutschen Freiheitspartei in Medienburger Landtage zu einer Spaltung gekommen sei. Die beiden Abgeordneten Bau und Hilbrand sind aus der Partei ausgetreten. Die jetzt 11 Abgeordnete zählende Freiheitspartei besteht unter dem Namen Deutsch-Böhmische Freiheitspartei weiter.

Amerika und Sowjetrußland. Der russische Berichterstatter der „Morning Post“ meldet, Senator Borah werde Anfangs März nach Europa kommen, und in einer der europäischen Hauptstädte mit offiziellen Vertretern der Sowjetregierung zusammentreffen, um Verhandlungen über die Bedingung einer Geschäftsanerkennung der Sowjetregierung zu eröffnen.

Mitglied des türkischen Kabinetts. Das türkische Kabinett ist, wie aus Ankara gemeldet wird, zurückgetreten. Die Demission wurde dadurch beantragt, daß das Kabinett in einer innerpolitischen Angelegenheit in der Minderheit blieb. Mit der Bildung des neuen Kabinetts ist Nemet Pascha beauftragt worden.

Todesurteile in Indien. Nach Meldungen aus Lahore wurden in einem Verhörsprozess fünf Angeklagte zum Tode, 11 zu lebenslänglichem Gefängnis und 38 zu Gefängnisstrafen von drei bis sieben Jahren verurteilt. 34 Angeklagte wurden freigesprochen. Es handelt sich um blutige Zusammenstöße im Bunjat-Gebiet zwischen verschiedenen Sekten, wobei auch Offiziere und Soldaten ihren Tod fanden.

Wahlreform in Japan. Im japanischen Unterhaus wurde mit großer Mehrheit das neue Wahlrechtsgesetz angenommen, wonach 10 Millionen Männer mehr das Wahlrecht erhalten. Das Gesetz geht nun an das Oberhaus.

## Badischer Teil

### Aus der Berichterstattung der „Arbeiterzeitung“

Die Mannheimer kommunistische „Arbeiterzeitung“, die bekanntlich als eine ihrer wichtigsten Aufgaben die Verhütung der Bevölkerung gegen die Polizei betrachtet, hat auf der Suche nach Material für ihre „objektive“ Berichterstattung in letzter Zeit wieder zwei neue „Fälle“ entdeckt. Beim ersten dieser „Fälle“ handelt es sich wieder einmal um „prügelnde Polizeibeamte“. Bei einem angeblich harmlosen Zusammentreffen mit zwei Polizisten soll ein Arbeiter und seine Frau verhaftet, nach der Wache verbracht und dort roh behandelt und verprügelt worden sein. Die Frau habe man sogar gefesselt auf die Pritsche geworfen. „Arbeitskollegen, die sich nach den beiden Verhafteten erkundigt hätten, seien handgreiflich aus der Wache hinausgeworfen worden. In Wirklichkeit gaben die Tatsachen der Aufrechterhaltung und überdies schwere Verleumdungen der Polizei Anlaß zur Festnahme des Arbeiters und seiner Frau. Daß der verhaftete Arbeiter einen Polizeibeamten nicht unerheblich verletzt und zwei weitere Beamte vor den Leib getreten hatte, ist offenbar dem Berichterstatter der „Arbeiterzeitung“ entgangen. Die Behandlung der Verhafteten auf der Wache, über die sich die Arbeiterzeitung so sehr entrüsten zu müssen glaubt, entsprach durchaus dem Verhalten der Verhafteten, die sich fortwährend widersetzen. Gegen die beteiligten Polizeibeamten kann keinesfalls der Vorwurf willkürlicher oder gewalttätiger Behandlung der Verhafteten erhoben werden.

Der andere „Fall“, den die Arbeiterzeitung entdeckt hat, ist ein Vorgang bei der Mannheimer Polizeibereitschaft. Dort sollen nach den Beobachtungen der Gewährsmänner der Arbeiterzeitung in letzter Zeit mehrfach militärische „Feldübungen“ abgehalten worden sein. Tatsächlich haben lediglich Übungen rein polizeilichtlicher Natur stattgefunden, die nach den letzten Erfahrungen notwendig sind, um den Beamten Gelegenheit zu geben, sich auch für das polizeiliche Eingreifen in unbekannter Gegend zu üben. Diese Übungen können in keiner Weise Anlaß geben, von militärischem Exerzieren und militärischem Drill zu reden, ebensowenig aber auch die Maßnahmen, die da und dort von den Vorgesetzten getroffen werden mußten, um die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Bereitschaft sicherzustellen. Daß die „Arbeiterzeitung“ sich über diese Maßnahmen empört, ist nur zu begreiflich, weil sie ja mit allen derartigen Berichten und Auslassungen nur den Geist der Zerkleinerung und Unordnung in die Polizeibereitschaften tragen will.

## Der Hagenschießprozeß

DZ. Karlsruhe, 3. März.

Aus der in der fortgesetzten Diensttagung gemachten Denksatzungen des Ministerialrats Ulrich ist weiter zu ersehen, daß dem Hagenschieß waren zahlreiche Arbeiter beschäftigt, auf der anderen Seite waren keine Einnahmen vorhanden, so daß das Holz nicht abgesetzt werden konnte. Wir erwirkten deshalb beim Reichswirtschaftsministerium die Erlaubnis zur teilweisen Ausfuhr nach der Schweiz. Man gewährte der Bank ferner dadurch Erleichterung, daß die Holzforderung des Staates mit zwei Millionen (von 4½ Millionen) nicht betrieben wurde. Außerdem wurden die gefährlichsten Gläubiger, Krons und Walter, abgefunden. Ohne das Eingreifen des Staates wäre die Katastrophe unvermeidlich gewesen. Das Einlagekapital ist verloren. So konnte man zur Liquidation schreiten. Zeuge wurde zum Vorstehenden des Aufsichtsrates bestellt, Fabrikdirektor Gensch Ende 1920 mit der Geschäftsführung betraut. Das Ergebnis der Abwicklung läßt sich noch nicht übersehen. Gegen Abele und Donner schwanden Negativprozesse.

Auf Befragen der Verteidigung bestätigte Zeuge Ulrich, daß heute 150 Hektar Hagenschieß-Gelände landwirtschaftlich genutzt seien. Der Staat hat das ganze Gelände zum Verkauf zu einem niedrigen Preis wieder zurückgenommen und in dem erwähnten Umfang als Ackerboden verpachtet. Für das Holz erfolgte keine Entschädigung.

Auf eine weitere Frage des Rechtsanw. Albrecht bemerkt der Zeuge, daß ihm der Widerspruch aufgefallen sei, der darauf lage, daß Arbeitsminister Mülders gelegentlich erklärte, er würde von den Direktoren der Bank wöchentlich Bericht erhalten, und später im Landständischen Ausschuss sagte, er sei über eine Reihe von Vorgängen nicht unterrichtet.

Rechtsanw. Dr. Wüner fragt den Zeugen, ob er nichts davon wisse, daß Abele und Wetterer zuletzt infolge ihrer politischen Einstellung gegen einander arbeiteten und sich sogar zu befeindeten suchten. — Zeuge Ulrich erklärt, er habe in diesem Zusammenhang nur etwas von einer freideutschen Bewegung gehört, in die sich Dr. Kampffmeyer und Wetterer gestellt hätten, und deren Gegner Abele war.

Der nächste Zeuge, Oberbürgermeister a. D. Siegrist, berichtet über den Gang der Unterredung, welche die Amnestiehebung der Geschäftsführer Abele und Wetterer zur Folge hatte sowie über die damalige mifflische Finanzlage der Bank. Er habe nach dem Abgang Kampffmeyers vorübergehend die Geschäftsführung übernommen und alles versucht, um den Konturs zu vermeiden. Drei Banken hatten den Kredit gestündigt. Dabei waren 46 Anstellte und 500 Arbeiter auf dem Hagenschieß zu befragen. Bei der Liquidation mußte also das Personal abgebaut werden, was nicht ohne Schwierigkeiten verlief. Der Landtag genehmigte einen Kredit von 300 000 Mark. Inwieweit derselbe in Anspruch genommen wurde, kann der Zeuge nicht beurteilen. Der Konturs hätte, wenn nicht in der bezeichneten Weise eingegriffen worden wäre, wegen Überschuldung von ungefähr 7 Millionen erklärt werden müssen. Nicht unerhebliche Schwierigkeiten ergaben sich bei der Abwicklung des vorhandenen Materials, zumal bei dem eintretenden Preissturz. Es habe sich u. a. um eine umfangreiche Menge von Sprengstoffen, dann aber hauptsächlich um das ungewöhnlich schwere Holz gehandelt, das sich überaus schwer veräußern ließ. Man sei überfüllt und unwirtschaftlich vorgegangen. Aus der explosiven Art, mit der alles mögliche Maschinen usw. angefaßt worden war, spreche ein gewisser Größenwahn. Die Büroeinrichtung sei in einzelnen Stücken luxuriös gewesen. Hieran tritt um 12,40 Uhr eine kurze Pause bis 1 Uhr in den Verhandlungen ein.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erfolgt die Vernehmung des 34 Jahre alten gleichwie die übrigen Angeklagten verheirateten Hans Würtenerger. Er ist landwirtschaftlich vorgebildet und widmete sich vor dem Kriege mit Verwandten im Tross der Bewirtschaftung von Prärie- und Urwaldgelände. Aus Amerika zurückgekehrt, machte er den Feldzug mit, war dann in der Landwirtschaftslammer tätig und kam auf diesem Wege zur Siedlungs- und Landbank. Schließlich wurde er von deren Direktion als Betriebsleiter des Hagenschieß berufen. Der Angeklagte erklärt, daß er den Auftrag hatte, möglichst rasch viel Holz zu schlagen. Er verbrachte sich dann über den Betrieb selbst, wobei er bemerkt, von Anfang an die Meinung angegriffen zu haben, als handle es sich beim Hagenschieß angeblich um einen Millionenschwindel, ein Gerücht, das er auf die Agitation der Sozialdemokraten zurückführe. W. befreit, daß er in bezug auf die Entlohnung der Fuhrhalter und Arbeiter nicht die Interessen der Siedlungs- und Landbank gewahrt habe. Er hätte keine persönlichen Vorteile aus dem Betrieb gezogen. Für die Mängel im Holzschlag und das Durcheinanderliegen der Stämme gibt W. die Erklärung, daß mit den 8 bis 600 in der Waldarbeit ungenügenden Forstbeamten keine so genügende Arbeit in dem erwähnten Umfang geleistet werden konnte. Der Angeklagte spricht ferner von der Hebe, die seitens der sogenannten Freideutschen gegen seine Person betrieben worden sei. Schließlich sei er aus dem Dienst der Bank ausgetreten, sei zeitlang stellenlos und dann vorübergehend bei Honoff beschäftigt gewesen.

Am 1/8 Uhr tritt Beratung ein. Weiterverhandlung Mittwoch 8 Uhr.

DZ. Karlsruhe, 4. März.

Heute früh wird zunächst der Direktor der Landwirtschaftslammer, Dr. Müller, vernommen, welcher seinerzeit stellvertretend Vorstehender des Aufsichtsrates der Siedlungs- und Landbank war. Er äußerte sich über den Eintritt des ihm als Landwirtschaftslehrer bekannten Abele in das Arbeitsgebiet der Kammer im Herbst 1918. Abele hatte sich hauptsächlich mit der Umwandlung von Oedändereien zu befassen. Damals wurde die Siedlungsfrage akut und Abele trat nach Verlauf von wenigen Monaten als landwirtschaftlicher Fachmann in die eben gegründete Siedlungs- und Landbank über. Würtenerger arbeitete ursprünglich selbständig auf dem Versuchsgut Forstheim. Als dieses dann zu einem Lehrgut ausgebaut und zur Führung der Landwirtschaftslehre Selb. wurde, schied Würtenerger aus, um später die Stelle als Betriebsleiter im Hagenschieß zu übernehmen. Der Zeuge hielt Abele und Würtenerger zufolge ihrer Ausbildung und Praxis zur Durchführung landwirtschaftlicher Aufgaben für durchaus geeignet. Daß Würtenerger die Leitung des gesamten Betriebes einschließlich der Abholung inne hatte, sei dem Aufsichtsrat wohl nicht bekannt gewesen. Für den Zusammenbruch des Unternehmens macht der Zeuge in erster Linie den Rückgang der Konjunktur verantwortlich. Daß die Holzpreise plötzlich von 700 auf 200 Mark fielen, war katastrophal. Der Zeuge gibt heute zu, daß man in der Wahl der Personen keine glückliche Hand gehabt habe. Dr. Kampffmeyer sei ein Idealist gewesen, der unter allen Umständen siedeln wollte, aber kein Praktiker. Wetterer war ein rühriger, freibauer Mann, der sich aber gleichfalls ein ungenügendes Arbeitsfeld zumutete.

Der Zeuge fügt hinzu, daß allerdings ein großartiges Gevie dazu gehört hätte, um bei der abfallenden Konjunktur das Unternehmen über Wasser zu halten. Bei normaler Entwicklung wäre man sicher vorwärts gekommen. Die Hauptaufgaben des Abele als landwirtschaftlicher Geschäftsführer hätte erst nach Gewinnung von landwirtschaftlichem Gelände eingeleitet. Gleichwohl habe ihn der Zeuge auch für Verwal-

tungsaufgaben befähigt gehalten. Als Geschäftsführer trat Wetterer mehr in den Vordergrund; er hat im Aufsichtsrat fast durchweg die Referate erstattet.

Die Frage des Staatsanwalts, ob Direktor Müller wisse, welche Mengen Holz die Siedlungs- und Landbank bis zum Juli 1920 verkauft habe und welche Beträge der Bank dadurch zugeflossen seien, beantwortete der Zeuge verneinend. Er erinnert sich nur, daß damals von Kronz u. Walter ein Acht-Millionen-Anleihen aufgenommen worden sei.

Nachstamm. Haas stellt den Beweisanspruch, Herrn Müller zu laden, damit er bekunde, woraus er den Schluß auf die Befähigung Dr. Kampffmeiers zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gezogen habe. Staatsanwalt Dr. Geißler hält dies nicht für notwendig. An sich habe er gegen eine Vernehmung des Herrn Müller nichts einzuwenden, da es nichts zu vertuschen gebe. Empfinde Müller das Bedürfnis, Auslagen zu machen, so werde er schon selbst kommen. — Das Gericht beschließt nach kurzer Beratung, den Beweisanspruch abzulehnen. Nachdem von Seiten des Staatsanwalts und der Verteidigung feststeht, daß Kampffmeier wohl viele Ideale, aber wenig Geschäftsführung hatte, sei es gleichgültig, wie Herr Müller auf ihn gekommen sei.

Zeuge Gutschwaiber Selg bekundet, daß er Württemberg für unerfahren und oberflächlich hielt, der bei seiner Unfähigkeit einen großen Betrieb wie Hagenbüchel zugrunde richten würde.

Zeuge Dr. Müller: Von einem solchen Urteil über W. habe ich nie etwas gehört. Die vorgebrachten Beschwerden betreffen Kleinigkeiten, und ich erkläre sie mit aus der Rivalität zwischen beiden.

Angeklagter Württemberg: Ein anderes Urteil habe ich von Herrn Selg nicht erwartet. Die Verbrechen waren absolut nicht auf sachliche Gründe zurückzuführen.

Direktor Dr. Müller erklärt auf Befragen, daß er der Meinung war, Württemberg läme im Hagenbüchel nur für Teilfunktionen rein technischer Art in Frage, nicht aber als Leiter des Ganzen.

Lebhafte Auseinandersetzungen knüpften sich an die Tatsache, daß Herr Haas den Siedlungs- und Landbank war. Diese Einfindung hat Direktor Dr. Müller nicht gehabt. Sonst hätte er Bedenken getragen, daß Haas als Sachverständiger gehört würde.

Zeuge Wetterer erklärt, die Geschäftsführung habe dem Aufsichtsrat gegenüber nie verhehlt, daß Haas alles Mögliche liefere.

Die Verteidigung stellt den Beweisanspruch, die Herren Kampffmeier und Müller darüber zu hören, daß ihnen Zeuge Wetterer bereits Ende 1919 die Großlieferanteneigenschaft Haases zur Kenntnis gebracht habe.

Wetterer erklärt wiederholt, daß er in der Aufsichtsratsitzung vom 11. Mai im normalen Geschäftsgang darauf hingewiesen habe, daß es ein Glück für die Siedlungs- und Landbank sei, durch Haas günstige Lieferungen zu erhalten.

Der Staatsanwalt tritt dem Beweisanspruch entgegen, ebenso dem weiteren Antrag, von Kampffmeier und Müller zu erfahren, daß Wetterer ihnen in der Zeit vom 16. Dezember 1919 bis 16. April 1920 über den Gang der Dinge im Hagenbüchel regelmäßig mündlich Bericht erstattet habe. Diese Tatsache werde von ihm ja nicht bestritten. — Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück und verhandelt dann als Beschluß: Die Beweisansprüche werden abgelehnt, da das Gericht die Darlegung des Zeugen Wetterer als richtig unterstellt.

Zeuge Baurat Mehlert von der Reichsbahndirektion äußert sich über seine Pläne für den Glanzabschluss von und zum Sägenwerk mit einem Kostenanschlag von 580 000 Mark. Haas sei ihm gegenüber als technischer Berater der Siedlungs- und Landbank aufgetreten, wie ihn auch Wetterer und Detert vorgestellt hätten. Zeuge hatte den Eindruck, daß H. befreit gewesen sei, die Sache gut zu machen. Hätte er Verdacht oder Mißtrauen gehabt, so würde er seine Hilfe sofort zurückgezogen haben. H. habe mit ihm rein sachlich über technische Fragen gesprochen. Als er (Zeuge) damals auf die hohen Kosten der Eng-Überbrückung hingewiesen habe, sei ihm entgegen worden: das mache nichts; das Unternehmen sei so groß, daß die Aufwendungen keine Rolle spielten.

Sonnes und Wetterer geben die Möglichkeit zu, sich derart geäußert zu haben. — Der Zeuge bestätigt ferner, daß alle wirtschaftlichen Vor- und Nachteile ernstlich und sachlich erwogen worden seien. Haas habe die Preise für die Eisensträger bezeichnet. Das Material habe nach Angaben Haases bereits in Dinglingey gelagert.

Zeuge Wetterer bekundet, daß ein eigentlicher Marktpreis bei den damaligen Schwankungen nicht zu erfahren gewesen sei. (Fortsetzung folgt.)

## Badisches Landestheater

### Die Meisterfinger von Nürnberg

Man kann sich kurz fassen über diese Aufführung des Wagnerwerkes, die eigentlich nur in der Person des Dirigenten Anlaß zu einigen Bemerkungen bot. Für Wilhelm Franz Reuß vom deutschen Opernhaus Charlottenburg war aber die Konstellation infolgedessen unglücklich, als infolge der augenblicklich bestehenden Differenzen zwischen dem deutschen Bühnenverein und dem deutschen Meisterfingerband der Orchesterapparat teilweise unvollständig bleiben mußte oder ein ungenügender Ersatz (Klavier statt Harfe) die Exekution merklich beeinträchtigte. Die besten Vorbedingungen für ein hohes künstlerisches Niveau fehlten also dem Abend, aber man konnte dem routinierten Stadtführer immerhin nachsehen, daß er die ihm anvertraute Wucht des Ganzen durch umso liebevollere Behandlung der Details wettzumachen suchte. Allerdings erlebten auch dabei Routine und Sicherheit der Gestaltung wirkliche Intensität und echte Leidenschaft. Es wird bei der Besprechung des Reuß geleiteten Sinfonieorchesters näher zu begründen sein, warum bei dem Dirigentenposten, dem er angehört, von einer inspirierten, reißlos fesselnden Wiedergabe überhaupt kaum die Rede sein kann. Unter den Solisten erfreute Max Härtner vor allem wieder durch die darstellerisch und musikalisch fest fundierte und überaus sympathische Gestaltung, die er dem Hans Sachs zu geben weiß. Ihm zur Seite standen mit bekannt guten Leistungen Otto Stedert, Rudolf Kalbe, Hans Ruffard, Albert Peters. Den Weiße Rogner sang Reinhold Frey vom Stuttgarter Landestheater mit zuweilen reichlich widem Klang in einer Stimme, die nur vorübergehend noch üppig und wohlklingend scheint. Die Vorstellung hatte das Publikum in großen Massen angezogen; Solist und Dirigent konnten wiederholt den Dank einer beifallsfreudigen Hörerschaft entgegennehmen. S. Sch.

Außererabend. Es sei hiermit nochmals auf den heute abend 8 Uhr im Eintrittsfaal bestimmten stattfindenden Kompositionabend des hiesigen Komponisten Arthur Kusterer hingewiesen. Karten sind noch zu haben in der Musikalienhandlung Doert und an der Abendkasse.

## Zur Preußenpolitik der Deutschen Volkspartei

schrieb die „Neue Mannheimer Zeitung“ (früher „Generalanzeiger“) dieser Tage:

„Minister kürzen ist bekanntlich, wie wir aus den in Preußen wie im Reich mehr als reichlich gemachten Erfahrungen wissen, viel einfacher, als brauchbare Minister und eine parlamentarische Basis für ihr Wirken zu finden. Aus dieser Erkenntnis heraus halten wir es für unsere vaterländische Pflicht, ein offenes Wort zu sagen über das Verhalten der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zur preußischen Regierungskrisis. Und wenn wir dabei eine Meinung äußern, die im Gegensatz steht zu der Auffassung der parlamentarischen Führer der Deutschen Volkspartei in Berlin, so sind wir uns bewußt, damit in den Kreisen unserer Parteifreunde nicht allein zu stehen. Und im übrigen fassen wir unsere Zugehörigkeit zur Deutschen Volkspartei von jeher so auf, daß in einer liberalen Partei von der Größe und Elastizität der Deutschen Volkspartei durchaus auch Raum sein muß für Ansichten, die mit der jeweilig parteioffiziös abgestimmten nicht übereinstimmen. Dieses vorausgeschickt, sprechen wir unsere ehrliche Überzeugung dahin aus, daß wir die Haltung der Deutschen Volkspartei während des letzten Stadiums der preußischen Regierungskrisis nicht gutzuheißen vermögen. Auch wir hätten es begrüßt, wenn es möglich gewesen wäre, in Preußen eine Regierung zu bilden, die der neuen Reichsregierung angepaßt, also sozialistenfrei, gewesen wäre, und an deren Spitze weder ein Sozialist, noch ein Zentrumsmann stehen würde. Im Interesse einer reifungslosen und geistlichen Zusammenarbeit zwischen dem Reich und dem größten deutschen Bundesstaat wäre das zweifellos am günstigsten gewesen. Doch Politik ist nicht nur „das Streben nach Idealen“, wie Stresemann einmal sagte, sondern vor allem auch „die Kunst des Möglichen“. Und von diesem Gesichtspunkte aus hätten wir gewünscht, daß die Deutsche Volkspartei in Veräufertigung der gegebenen Kräfteverhältnisse das leidenschaftliche Anrennen der Deutschnationalen gegen das Kabinett Braun und Marx nicht mitgemacht hätte. Kostbare Zeit und Kraft, manche Enttäufung und vor allem das peinliche Moment eines, wenn auch nur latentschen Inanspruchnehmens der kommunistischen Stimmen wäre der Partei dann erspart geblieben.“

## Ausbildung von mittleren Beamten der Wasser- und Straßenbauverwaltung am Badischen Staatstechnikum

Mit Beginn des Sommerhalbjahres wird am Badischen Staatstechnikum ein neuer zweijähriger Lehrgang für die Ausbildung von Vermessungstechnikern für den mittleren technischen Dienst eingerichtet. Nach einer allgemeinen Ausbildung im I. Kurs der Tiefbauabteilung folgt die Fachausbildung mit dem II. Kurs ein und findet ihren Abschluß mit einer Staatsprüfung am Ende des IV. Kurses.

Anmeldungen für diesen Lehrgang müssen bis spätestens 15. März an die Direktion des Staatstechnikums Karlsruhe, Wolfstraße 9, gerichtet sein. Zulassungsbedingungen sind: Juridierung des 16. Lebensjahres, abgeschlossene Volksschulbildung oder der erfolgreiche Besuch der 4. Klasse einer höheren Lehranstalt (Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule oder dergleichen), Nachweis über den erfolgreichen Besuch einer dreijährigen Gewerbeschule; ausnahmsweise werden auch Schüler einer gewerblichen Fortbildungsschule zugelassen, zweijährige praktische Tätigkeit und ein Zeugniszeugnis.

Absolventen der 6. Klasse einer höheren Lehranstalt kann der Nachweis über den erfolgreichen Besuch einer Gewerbeschule oder einer gewerblichen Fortbildungsschule erlassen werden.

Mit dem Winterhalbjahr 1925/26 wird am Staatstechnikum ein weiterer neuer Lehrgang für Kulturtechniker (einschließlich Straßen- und Dammeister) eingerichtet werden, der nach einem gemeinsamen Unterbau von 3 Halbjahren mit dem IV. Kursus beginnt und mit einer Staatsprüfung am Ende des IV. Kursus seinen Abschluß findet.

## Verleihung der Rettungsmedaille

Das Staatsministerium hat dem Rößelpader Robert Wolf in Heidelberg, der am 1. November vorigen Jahres ein Kind unter eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens rettete, die badische Rettungsmedaille verliehen.

## Kommunale Rundschauf

Die dritte Redarbrücke in Mannheim im Zuge der Renz- und Kronprinzentrasse soll nun gebaut werden. Die Vorlage an den Bürgerausschuß weist einen Bauaufwand von 2 560 000 Mark aus. Es wird gesagt, daß der Bau erfolgen soll, sobald Anleiheemittel zur Verfügung stehen. Die Zahlung des Stundenverkehrs, die kürzlich an der Friedrichsbrücke vorgenommen wurde, ergab einen höchsten Stundenverkehr von Fahrzeugen zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags von 1295 Wagen. Der Straßenbahnverkehr erreichte mit 124 Triebwagen von 3 bis 4 Uhr nachmittags die größte Verkehrsziffer, und im Fußgängerverkehr wurden nachmittags zwischen 6 und 7 Uhr 6076 Personen gezählt. Die Straßenbahn beförderte als höchsten Stundenverkehr zwischen 7 und 8 Uhr insgesamt 6042 Personen. Während im Jahre 1907 der Gesamtpersonenverkehr auf der Friedrichsbrücke mit 63 000 festgesetzt wurde, betrug er bei der letzten Zählung 122 000; er hat sich also verdoppelt. Wenn nun auch die dritte Redarbrücke die Friedrichsbrücke erheblich entlasten wird, so ist, wie in der Begründung gesagt wird, trotzdem eine Umgestaltung der Fahrbahn der Friedrichsbrücke und des städtischen Brückenvorplatzes erforderlich.

Kirchhaus Heidelberg. Der gemischt-beschließende Ausschuß in Heidelberg hat sich damit einverstanden erklärt, daß der Babegesellschaft der Baublot zwischen der Mühlal- und Mühlalstraße zum Preise von 100 000 Mark käuflich zum Zwecke der Errichtung und des Betriebes eines Kirchhauses überlassen wird.

Der Bürgerausschuß Baden-Baden befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit einer Neuregelung der Kurtag, die nunmehr nach drei Gruppen (bisher vier) erhoben werden soll, und zwar beträgt die Tage nunmehr 1 Mark, 70 Pf. und 30 Pfennig (bisher 1 Mark, 75 Pf. und 30 Pf.). Aus dieser Neuregelung erwartet man eine Mehreinnahme, die für Werbetätigkeit und Kellametzwe dienen soll. Zur Förderung des Wohnungsbaues wurde beschlossen, bei der Badischen Gebäudeversicherungsanstalt eine Anleihe von 58 000 Mark aufzunehmen. Schließlich wurde der Vorlage betr. Verkauf des Palais Stourdis an der Richterstraße durch die Stadt zum Preise von 150 000 Mark zugestimmt, obwohl mehrere Neben eine solche Ausgabe in der gegenwärtigen Zeit als kaum erträglich bezeichneten.

Von der Kraichgaubahn. Der Verkehrsverband für die Kraichgaubahn hat am 26. ds. im Rathaus zu Heilbronn eine Vollversammlung abgehalten, die Landrat Dr. Pfister-Bretten leitete. Es waren zahlreiche Vertreter fast sämtlicher badischer und württembergischer Gemeinden der Strecke Karlsruhe-Heilbronn erschienen, u. a. Verkehrsdirektor Lader aus Karlsruhe und Oberregierungsrat Dürwächter von der Handelskammer Karlsruhe. Der Vorsitzende konnte mitteilen, daß für den am 5. Juli d. J. in Kraft tretenden Sommerfahrplan eine Reihe Zugverbesserungen vorgesehen sind, namentlich daß die Ausfahrten für das Zustandekommen einer beschleunigten Verbindung Karlsruhe-Heilbronn-Nürnberg recht günstig genannt werden dürfen. Eine Reihe von Wünschen kam zur Sprache. Namentlich soll auch der Lokalverkehr Karlsruhe-Bretten ausgebaut werden. Für Bruchsal soll ein günstiger Vormittagsanschluß nach Bretten-Heilbronn-Nürnberg beantragt werden, für die Gemeinden zwischen Heilbronn und Eppingen endlich ein späterer Abgang von Heilbronn, sowie eine bessere Abendverbindung von Karlsruhe.

Der Bürgerausschuß Eberbach beschloß die Aufhebung der Fremden- und Getränkesteuer. Die Umlage wurde von 50 auf 65 Pf. erhöht. Außerdem stimmte das Kollegium der Erweiterung der Realschule in eine neunklassige Volksschule zu.

Der Bürgerausschuß Furtwangen beriet den städtischen Voranschlag und die Gemeindefinanzen für 1924/25. Der Stadtschaubehoranschlag weist in Ausgaben 307 346, in Einnahmen 241 861 Mark auf, ergibt somit einen ungedeckten Aufwand von 65 485 Mark. Zur Deckung dieses Betrages wurde vom Bürgerausschuß die Erhebung einer Anleihe von 38 Pf. für 100 M. Steuerwert des Liegenschafts- und 47 Pf. für je 100 M. des Betriebsvermögens beschlossen.

Bürgermeisterwahl in Achstetten. Der zweite Wahlgang der Bürgermeisterwahl endete mit einem Siege des erfolgreichen Kandidaten des ersten Wahlganges, des Bürgermeistersstellvertreters Bernhard Fichter, der somit Oberhaupt der Gemeinde geworden ist.

Die Anlage einer Straßenverbindung von Durbach über den Wald nach Offenbach stand in der Bürgerausschußsitzung von Durbach vom 16. Februar zur Debatte. Nach lebhafter Diskussion wurde über das Projekt eine Abstimmung herbeigeführt, die 42 Stimmen für und 7 Stimmen gegen die Durchführung ergab. Es wurde auch beschlossen, die Anlage sofort in Angriff nehmen zu lassen.

## Aus der Landeshauptstadt

Trauergeleite. Der Evangelische Oberkirchenrat hat für Donnerstag den 5. März, dem Beisetztag des Reichspräsidenten, um 11 Uhr vormittags ein vierstündiges Trauergeleite angeordnet.

Aus Anlaß der feierlichen Bestattung des Reichspräsidenten sind hier die städtischen Kanäle und Kassen am Donnerstag, den 5. März geschlossen. Der Wochenmarkt fällt an diesem Tage aus.

## Karlsruher Kampfwoche gegen den Alkoholismus

Mit einer machtvollen Kundgebung der Jugend am Sonntagabend, an der Jugendliche aller Richtungen, Stände, Konfessionen und Parteien teilnahmen, schloß die Karlsruher Kampfwoche gegen den Alkoholismus ab. Vorausgegangen war am Freitagabend eine Behandlung der Zusammenhänge der Zivillisation und des Alkoholismus. Der Samstag bereinigte die Frauen und Mütter zu einem scharfen Protest wider die Ablehnung des Schankstättengesetzes und zu einem Eintreten für das Gemeindebestimmungsrecht. Es wird eine Frauengruppe des badischen Landesverbandes gegen den Alkoholismus durch Durchführung der häuslichen und öffentlichen Mitarbeit der Frauenwelt demnächst ins Leben gerufen werden. — Zu der Schlußkundgebung am Sonntag, dem Volkstrauertag, war der Eintrachtsaal von der Jugend dicht gefüllt, die noch ein letztes Mal sich versammelte, um angesichts des Opfertages der Gefallenen zu gedenken, aus deren Opfertod sich für sie das Erbe erbe: „Wir müssen uns und unser Volk vom verderbenden Alkohol befreien!“ Das war der Grundton, der durch alle Reden und Erklärungen des Abends hindurchklang.

Freiherr von Selbened † Im 76. Lebensjahre ist hier der frühere Großherzogliche Oberschloßhauptmann Wilhelm Freiherr von Selbened gestorben. Lange Jahre bekleidete er am früheren Großherzoglichen Hofe seine hohe Stellung. Er war auch Besitzer der Selbenedschen Brauerei in Mühlburg. Die Zeit der Konzentration ließ das Unternehmen aufgehen, und der Dahingegangene trat in den Aufsichtsrat der Sinner A.G. ein. Freiherr von Selbened erwies viele Wohltätigkeiten und war ein Förderer der Kunst.

Die Belegung von Plätzen in Bügen. Wiederholt gibt es unliebsame Auseinandersetzungen zwischen den Reisenden im Eisenbahnabteil wegen der Belegung von Plätzen. Es sei daher darauf aufmerksam gemacht, daß durch Hinlegen einer Zeitung oder eines Buches sowie durch Niederlegen des Handgepäcks im Gepäck ein Anspruch auf den darunter befindlichen Platz nicht erworben wird. Als besetzt gilt der Platz nur, wenn Handgepäck, Kleidungsstücke usw. auf dem betreffenden Sitzplatz niedergelegt sind. Eine Ausnahme davon besteht selbstverständlich für solche Züge, in denen durch Lösung von Platzkarten Sitzplätze belegt werden können. Neuerdings ist auch in der vierten Wagenklasse die Belegung von Plätzen gestattet. Dabei ist in gleicher Weise zu verfahren, wie in den übrigen Wagenklassen.

Landestheater. Die erste Schauspielvorstellung dieser Woche wird nunmehr, nach den notwendig gewordenen Spielplanänderungen, am heutigen Mittwoch, dem 4. März, die erste Aufführung des neuinszenierten Lustspiels „Mina von Barnhelm oder das Solatengeld“ von Lessing sein. Die Zauberposse „Lumpazivagambus oder das liebliche Kleblatt“ von Joh. Nepomuk Reitzsch geht am Samstag, dem 7. März zum viertenmal in Szene. — Am Sonntag, dem 8. März wird vormittags halb 12 Uhr im Foyer des Landestheaters Herr Dr. Carl Rosenfelder (Kassel) über den Dichter und Bildhauer Ernst Barlach und sein Drama „Der arme Vetter“, das am Samstag, 14. März, zur hiesigen Erstaufführung kommen soll, einen einführenden Vortrag halten. — Im Konzerthaus gelangt am gleichen Tage Hermann Endermanns Schauspiel „Die Schmetterlingsflucht“, nach 11jähriger Pause neuinszeniert zur ersten Wiederaufführung. — Als erstes Gastspiel bringt die Mailänder Opern-Station am Dienstag, den 10. März, Verdis „Trubadour“. Mit dieser Aufführung beginnen die Gastspiele der Gesellschaft an den deutschen Bühnen. Verkauf von Mittwoch den 4. März, nachmittags halb 4 Uhr an. (Sperrfrist 1. Abt. 8 M.)

**Pianohaus Lang** Kaiserstraße 167<sup>1</sup> Salamanderschuhhaus **Günstige Bedingungen** ermöglichen den Kauf eines erstklass. Pianos oder Harmoniums Franklieferung

**Kurze Nachrichten aus Baden**

W.D. Heidelberg, 3. März. Stadtrat und Stadtverordnetenstand hielten eine Trauerfeier ab. Nachdem Oberbürgermeister Dr. Walz die Verdienste des verstorbenen Reichspräsidenten um das deutsche Vaterland gewürdigt hatte, wurde beschlossen, eine Waise des toten Sohnes seiner Heimat in der neuen Treppenhalle des Rathauses aufzustellen.

D.B. Eppingen, 28. Febr. Hier und in der Umgebung wandern zurzeit verschiedene große und kleine Landwirte aus, aber nicht nach Amerika, sondern — nach Bayern. Sie verkaufen hier ihre Parzellen, um in der neuen Heimat größere Güter zu übernehmen. Wenn man die großen Preisunterschiede von einem Morgen Land hier mit ungefähr 1500 M. durchschnittlich und 200 dort pro Tagwerk betrachtet, so klingt das ja sehr verlockend, doch wird der Ertrag auch dementsprechend sein.

Bretten, 2. März. Im überfüllten Saale der „Stadt Forzheim“ hielt Professor Dr. Dresel von der Universität Greifswald am Samstag einen Vortrag über die Hygiene der Leibesübungen, zu dem das Bezirksjugendamt die Turn-, Sport- und Jugendvereine eingeladen. Die Lehrerschaft mit den höheren Schulklassen, sowie die gesamte Einwohnerschaft eingeladen hatte. Zunächst begrüßte Landrat Dr. Pfister die Erschienenen, in dem er dem Wunsch des Jugendamtes Ausdruck gab, durch derartige Veranstaltungen auch außerhalb der häuslichen Arbeit und der Tätigkeit in den Sektionen des Jugendamtes lebendigen Anteil an der Jugendbewegung zu nehmen und die Fühlung mit der heranwachsenden Jugend zu gewinnen; auch soll der Boden vorbereitet werden zur Gründung eines Ortsausschusses für Leibesübungen, der als unparteiisch-übergeordnete Organisation alle die Körperausbildung erstrebende Vereine umfassen und sich dem Reichsausschuss der Leibesübungen eingliedern soll. Sodann sprach der Hauptredner des Tages in außerordentlich feisler und interessanter Weise über sein Thema, das durch Lichtbilder erläutert wurde. So gab er wertvolle Ratschläge für die Betätigung des Körpers bei den alltäglichen Verrichtungen, z. B. beim Aufsteigen, bei der Berufsausübung, beim Gehen, Stehen, Sitzen und Nimmholen. Insbesondere zeigte er, wie man sich möglichst lang jung und gesund erhält und wie auch körperlich Schwache sich durch regelmäßige körperliche Übungen kräftig und leistungsfähig machen können. Ein lebendiges Beispiel bot der Redner selbst, der nach seiner eigenen Angabe vor 20 Jahren im Rollstuhl gefahren werden mußte und jetzt das Urbild eines gesunden, kräftigen, wohlproportionierten Mannes darstellt. Vor allem warnte der Redner vor Übertreibung und einseitiger Betätigung, die nicht auf die Gesamtausbildung des Körpers gerichtet ist, sowie auch davor, die Leibesübungen nur unter dem Gesichtspunkt der Bückung von Höchstleistungen zu betrachten, während doch die möglichst umfassende Körperausbildung weitestere Kreise für die Allgemeinheit viel wichtiger sei. Lebhafter Beifall lohnte den Redner für seine interessanten Ausführungen.

Forzheim, 2. März. Wie der „Forzheimer Anzeiger“ berichtet, wurde in der Nacht zum Sonntag von unbekannten Räubern die an der hiesigen Goldschmiedeschule auf halbhohe gehängte schwarz-rot-goldene Fahne von der Stange, die dabei entzwei brach, heruntergerissen und mitgenommen, während sie den abgetroffenen Flammen liegen ließen. Die bisherigen Ermittlungen haben bisher leider noch nicht zur Feststellung der Täter geführt.

D.B. Ettlingen, 2. März. Den Posten des von hier nach Bruchsal versetzten bisherigen Postdirektors Brehm wird der bisherige Postdirektor in Bühl einnehmen.

D.B. Offenburg, 3. März. Für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert fand vor dem vollzählig versammelten Stadtratskollegium eine Trauerfeier statt, bei der Oberbürgermeister Hüller eine warm empfundene Gedächtnisrede hielt. Der Oberbürgermeister bemerkte u. a. auch, daß ihm die Ansprache, die er seinerseits anlässlich des Besuchs Eberts bei Beginn der Besetzung Offenburgs in Karlsruhe mit ihm hatte, stets eine der erbedendsten Erinnerungen sein werde.

D.B. Baihingen, 28. Febr. Die Frau und der einzige Sohn eines angehenden, in guten Verhältnissen lebenden Bürgers in Großschafheim wurden gestern im Bett tot aufgefunden. Mit einem Beil, das am Tatort war, war ihnen die Schädeldede eingeschlagen worden. Der Ehemann war flüchtig. Am Nachmittag wurde er mit einem Schuß durch den Mund auf einer Wiege bei der Weiler tot aufgefunden. Er war Mitglied des Gemeinderates, städtischer Waldmeister und lange Jahre Feuerwehroberhauptmann. Die Untersuchung hat einwandfrei den Mord erbracht, daß der Täter zuerst seine Frau getötet, dann das Kind tödlich verletzte und hierauf durch Erschießen seinem eigenen Leben ein Ende bereite. Der Beweggrund ist noch unbekannt. (Der Name des Mannes wird in dem Bericht nicht genannt.)

W.D. Straßburg, 4. März. Gestern gegen Mitternacht ist aus bisher unbekannter Ursache in Bischheim im Elsaß eine Feuersbrunst ausgebrochen. Von den Einwohnern des in Brand geratenen Hauses, die schliefen, sollen vier verbrannt und sechs verletzt worden sein.

**Handel und Wirtschaft**

Von der Wiesentäler Bergbau-A.-G. Freiburg. Am 27. Febr. fand die ordentliche Generalversammlung der Wiesentäler Bergbau-A.-G. Freiburg i. Br. statt. Bilanz- und Geschäftsbericht wurden einstimmig genehmigt. Die Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft schließt, wie der Jahresbericht ergibt, mit einem Verlust von über 58 000 M. ab. Die Gesellschaft, die sich noch in der Bauzeit und am Beginn ihrer Entwicklung befindet, vertreibt Weierze und Flußspat aus dem Gebiete Biedens im badischen Wiesental. In den letzten 6 Wochen des Jahres 1924 wurden über 2 Millionen kg Flußspat verhandelt. Die Tagesproduktion betrug durchschnittlich 6 Doppelhaagons à 10 Tonnen, zeitweise auch über 10 Doppelhaagons. Die Verwaltung genehmigte die Vorschläge der Verwaltung auf Aufnahme einer in bestimmter Frist in Aktien umzuwandeln Obligationen in Teilbeträgen von 100 Goldmark bis zum Gesamtbetrag von 300 000 Goldmark und gleichzeitige Erhöhung des Stammkapitals um 300 000 Goldmark in Aktien zu je 100 Goldmark auf 508 000 Goldmark. Die Verwaltung wurde ermächtigt, zur Erweiterung des Unternehmens bis zur Durchführung der Obligation bestimmte ihr angebotene Zwischenanleihen aufzunehmen.

Die Schillingrechnung in Österreich. Seit Montag wird in Österreich nach Schillingen gerechnet. Ein Schilling (S) gleich 10 000 Papierkronen oder etwa 80 Goldpfennige ist eingeteilt in 100 Groschen (g). Eisenbahn, Post, alle öffentlichen Klassen,

die Banken, Devisenzentrale und alle größeren Kaufleute, nicht aber die Effektenbörse, rechnen nunmehr in Schillingen. Geldüberweisungen aus dem Ausland nach Österreich dürfen gleichfalls nur mehr auf Schillinge und Groschen lauten. An der Berliner Börse erfolgt seit Montag die Notierung der Devisen Wien nach 100 Schilling (= 1 Mill. Kronen).

Deutsch-russischer Handel. Michelson, der russische Regierungsdirektor auf der Königsberger Messe teilte mit, die Deutschen wollten eine ständige Musterausstellung in Leningrad und die Russen eine Ausstellung in Königsberg organisieren. Mit Genehmigung des russischen Ackerbauministeriums würden Propagandaschriften in russischer Sprache für deutsche landwirtschaftliche Geräte und Maschinen unter der russischen Bauernbevölkerung vertrieben.

**Verschiedenes**

Erbsitz auf Helgoland. W.D. Helgoland, 4. März. An der Ostseite des bebauten Oberlandes wurden in der Höhe des Rasinos gestern morgen etwa 3000 Kubikmeter Erdschichten ins Meer. Eine neu erbaute Villa ist sehr gefährdet. Der Gartenpavillon hängt über der Felswand. Das Nebenhaus, das unmittelbar an der Felsante Kiste, mußte abgetragen werden, da die Felsen verschiedene Risse aufweisen. Einige Wege des Oberlandes sind gesperrt.

**Staatsanzeiger**

Nr. 24 697. **Neuwahl des Reichspräsidenten.**  
An die Gemeindebehörden und Bezirksämter.  
Nach Mitteilung des Herrn Reichsministers des Innern ist mit höchster Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß die Neuwahl des Reichspräsidenten schon auf Sonntag den 29. März 1925 anberaumt wird. Die Wahlkreise würden alsdann voraussichtlich vom 15.—22. März 1925 ausgelegt werden.  
Ich ersuche, wozüglich durch Berichtigung und Ergänzung der Stimmlisten oder Stimmlisten der letzten Reichstagswahl sofort alle Vorbereitungen zu treffen, daß die Listen der Parteien bis 15. März 1925 auslegungsfähig sind.  
Die Kenntnisnahme dieses Erlasses wolle sofort den Bezirksämtern bestätigt werden. Die Bezirksämter haben darauf zu achten, daß diese Bestätigung innerhalb drei Tagen erfolgt.  
Wegen Ernennung der Abstimmungsrichter und ihrer Stellvertreter sowie die Abgrenzung der Stimmbezirke und der Bestimmung der Abstimmungsräume durch den Bezirksrat wird auf §§ 34, 35, 39 und 41 Reichstagsordnung hingewiesen.  
Inwieweit die Bezirksämter die gemäß letztem Absatz des Erlasses vom 25. Oktober 1924 Nr. 92 388 „Zweite Reichstagswahl 1924“ hier, Wahlumfänge“ vorgezeichnete Angabe über den vorhandenen Bestand an gebrauchsfähigen Wahlumfängen noch nicht hierher vorgelegt haben, werden sie veranlaßt, dies bis spätestens 9. März 1925 nachzuholen.  
Karlsruhe, den 4. März 1925.  
Der Minister des Innern.  
S c m m e l e.

**Heute**  
Eintrachtsaal, abends 8 Uhr  
Kompositionsabend  
**Arthur Kusterer**  
Städt. Konzerthaus  
Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr  
**Großer Abschieds-Tanz-Abend**  
**Olga Mertens-Leger**  
anlässlich ihres Ausscheidens aus dem Verbande des Bad. Landestheaters zu Karlsruhe. Mitwirkend: Frau Olga Mertens-Leger und die gesamte Tanzschule mit ca. 20 Mitwirkenden.  
Großes Orchester: Harmonie-Kapelle  
Karten zu Mk. 4,-, 3,-, 2,- und 1,50 zuzügl. Steuer in der Musikalienhandl. Ecke Kaiser- u. Waldstr.  
Fritz Müller

**Buch - Verkäuferin**  
mit gründlichen Branchenkenntnissen und gewandt im Verkehr mit besserer Kundschaft, zu baldigem Eintritt gesucht.  
Nur Damen mit mehrjährig. Praxis in besseren Häusern, finden Berücksichtigung und feste Offerten mit Zeugnissen nebst Angabe der Gehaltsansprüche entgegen. E. 98

**Emil Staehle**  
Freiburg i. B.  
**Eugen von Steffelin**  
Fernspr. 261 Karlsruhe Fernspr. 261  
D. 658  
**Möbeltransport Lager :: Spedition**

**Möbel**  
kaufen Sie in bester Qualität zu billigen Preisen im  
**Möbelhaus Ernst Gooss**  
Kreuzstr. 26. Lagerbestellung ohne Kaufzwang. E. 99

**Hervorragend sind Form und Güte der BAUBUND MÖBEL AM RONDE LLPLATZ**  
Ecke Erbprinzen u. Karl-Friedr.-Str.  
**EIGENE VERKAUFSTELLEN:**  
KARLSRUHE-KARL-FRIEDRICH-STRASSE 22  
MANNHEIM-SCHLOSS-RECHTER FLUGEL  
P.F.R.Z.H.EIM-THEATERSTRASSE 15  
FREIBURG-METZGERAU 6  
OFFENBURG-STEINSTR. 2  
MOSBACH-HAUPTSTR. 12

**Bürgerl. Rechtspflege**  
1. Streitige Gerichtsbarkeit.  
3.980.21 Karlsruhe. Die Ehefrau Elisabeth Kallnick geb. Wenzke in Karlsruhe, Anwaltsstr. Nr. 17, vertreten durch Rechtsanwalt Geier hier, klagt gegen ihren Ehemann Kaufmann Julius Karl Kallnick, z. H. an unbekanntem Ort, auf Zahlung einer Unterhaltsrente von monatlich 200 M. mit Wirkung vom 1. Dezember 1924 ab nebst 2% m. Zinsen jeweils vom 1. des Monats ab, in dem die Rente fällig wird. Termin zur mündlichen Verhandlung hierüber ist vor das Amtsgericht A 3 Karlsruhe, Akademiestr. 4, Zimmer 131 auf Montag, 27. April 1925, vorm. 10 Uhr, bestimmt. Die Einlassungsfrist ist auf 14 Tage festgesetzt. Zu dem genannten Termin wird der Beklagte hiermit geladen. Karlsruhe, 24. Februar 1925.  
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A 3.

**Zahlungserleichterung.**  
Alles was der Stadtfahrer(in) benötigt zu haben bei E 87  
**Wilhelm Weg, Karlsruhe**  
Adlerstr. 32, Tel. 4732.  
Zahn- u. Reparatur-Werkstätte.

**Aufpolstern**  
von Matratzen und Divans etc. sowie Renovierung besorgt reell u. billig E 100  
**Albert Ernst, Tapezier**  
Steinstr. 21

**Wäsche**  
wird zum Waschen u. Bügeln bei sorgfält. Behandlung, angehen.  
**Jean Brannschweiler**  
Bähringerstr. 82, H. Stod

**Berühmte Bekanntmachungen**  
Laubstammholz-Verfeinerung 967  
des Forstamts Karlsruhe, Freitag, den 13. März d. J., früh 9 Uhr im „Goldenen Adler“ in Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 1, aus Staatswald Kastenwörth (Oberforstwart Rehn, Forstheim) rund 250 Fm. vorwiegend Eichen, Eichen, Ulmen; 40 Ster Nusschichtholz (Eichen, Ulmen, Weiden, Erlen); 110 Ster Buchenholz (Eichen, Eichen, Erlen, Ulmen, Kappeln, Weiden).  
2. aus Staatswald Fasanengarten (Forstgärtner Stober) rund 15 Fm. vorwiegend Ahorn; 3. aus den Waldungen d. Stadt Karlsruhe, Distrikt „Mühnen“ bei Ruppurt (Oberforstwart Knaus, Karlsruhe, Luisenstr. 34) rund 40 Fm. vorwiegend Eichen, Eichen, Erlen; 25 Ster Nusschichtholz (Eichen, Erlen).  
4. Distrikt „Hochgrund“ b. Darglanden (Forstwart Effis, Forstheim) rund 240 Fm. vorwiegend Eichen, Eichen, Ulmen, Erlen; 70 Ster Nusschichtholz (Eichen, Eichen, Ulmen, Kappeln, Weiden).  
Wahllisten durch Forstamt.

**Papierholz-Verkauf.**  
Die Forstämter St. Blasien, Schluchsee und Dornbach (im bad. Schwarzw.) verkaufen freihändig das in Domänenwaldungen z. Bt. beigebrachte meist feine Papierholz, geschätzt auf 14 600 Eter.  
Das Holz wird nach Schneebgang gefeilt und spätestens im Mai überwiegen.  
3.947  
Schriftliche, in Prozenten der Goldmarkgrundpreise (12, 10, 8 M.) ausgedrückte, auf die Verkaufslöse der einzelnen Auktor lautende Gebote wollen bis Dienstag, 10. März 1925, morgens 10 Uhr, beim Forstamt Dornbach eingereicht werden.  
Kosbezugsfrist u. Auskunft durch die genannten Forstämter erhältlich.  
Die Auktor bleiben 5 Tage an ihr Gebot gebunden und unterwerfen sich den staatlichen Bedingungen.

**Grubenholzverkauf.**  
Das Bad. Forstamt Mittelberg in Ettlingen verkauft freihändig aus den Staatswaldbezirken II Großkollertwald, Abt. 26, 27, 35, 48, 59 und VII Reiffenbach, Abt. 116, 119: 567,20 Eter Nadelholzgrubenholztempel in 4 Losen: 3.068  
Los 1: Forsten 1,55 m lang, 9—13 cm Zapf = 34,10 Eter, Forsten 2,50 m lang, über 13 cm Zapf = 182,20 Eter.